



Informationen zum Umgang mit persönlichen Daten für Klientinnen der Beratungs- und Interventionsstelle gemäß Datenschutz

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und Ihre Rechte aus dem Datenschutzrecht geben. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise diese genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach Ihrem konkreten Fall als Klientin.

Im Rahmen Ihrer Beratung in der Beratungsstelle werden von uns personenbezogene Daten entsprechend der umseitigen Aufstellung allein zum Zweck Ihrer psychosozialen Beratung, Ihrer Existenzsicherung und zur Kooperation mit Behörden und Ämtern erhoben. Sie sind hierfür aber auch notwendig und erforderlich.

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden intern zu den angegebenen Zwecken gespeichert und verarbeitet. Ihre persönlichen Daten sind uns „heilig“. Aber es kann in Ihrem Interesse notwendig werden, dass wir nötige Daten an Dritte entsprechend der umseitigen Aufstellung weitergeben müssen.

Wir weisen Sie aber auch zugleich darauf hin, dass für unsere Mitarbeiterinnen kein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 StPO besteht.

Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung ist:

Frauen helfen Frauen Frankfurt e.V.
Gesetzliche Vertreterinnen (Vorstand): Hilke Droege-Kempff, Doris Feld, Saskia Müller
Postfach 560235
60407 Frankfurt am Main
Tel.: 06101-48311, Fax: 06101-4604
E-Mail: info@frauenhaus-ffm.de

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

info@frankfurter-datenschutz.de

Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen der Beratung von Ihnen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit dies im Rahmen der Erfüllung der Beratung erforderlich ist – personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise von Dritten erhalten (z. B. von Gerichten, Behörden, Ämtern oder Versicherungen).

Relevante personenbezogene Daten sind insbesondere und können sein (von Fall zu Fall verschieden) durch Bekanntgabe von Ihnen:

- Name
- Wohnort
- Telefonnummer
- Familienstand
- Kinder
- ökonomische Situation (Vollzeit, Teilzeit, SGB I/II-Bezieherin)
- Alter
- Nationalität
- Berufsausbildung und aktuelle Tätigkeit
- Aus welchem Grund sind Sie zu uns gekommen?
- Wer war Ihnen gegenüber gewalttätig?

- Welche Form von Gewalt haben Sie erlebt?
- Haben Sie Interventionen eingeleitet oder planen Sie Interventionen (Gewaltschutzantrag, Wohnungszuweisung, Strafantrag) einzuleiten?

Generell benötigen wir aber für die Erstberatung keine personenbezogenen Daten von Ihnen.

Information zum Zweck der Verarbeitung und zur Rechtsgrundlage

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und bereichsspezifischen Datenschutznormen.

Der Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 4 Nr. 2 DSGVO) richtet sich in erster Linie nach den Anforderungen der Durchführung des Schutzes Ihrer Person und Ihrer Kinder.

Die Rechtsgrundlage bildet Ihre Einwilligung (Art. 6 lit. a DSGVO) und/ oder im Extremfall der Schutz von lebenswichtigen Interessen Ihrer Person und/ oder Ihrer Kinder zu wahren (Art. 6 lit. d DSGVO).

Datenweitergabe

Ihre Daten werden ggf. intern in der Beratungsstelle weitergegeben (Mitarbeiterinnen etc.), um Ihnen eine bestmögliche Beratung bieten zu können.

Übermittlung Ihrer Daten an ein Drittland (außerhalb EU / EWR)

Ihre Daten werden nicht in ein Drittland übermittelt.

Dauer der Speicherung:

Sofern Ihre Daten nicht mehr benötigt werden, werden diese gelöscht. Nach Ablauf einer Frist von 10 Jahren werden wir Ihre Daten komplett löschen, es sei denn, dass eine juristische Situation die Verlängerung dieser Frist erfordert.

Ihre Datenschutzrechte:

- Auskunftsrecht über die betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO) sowie auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO), Ihre Aufsichtsbehörde ist:
Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Gustav-Stresemann-Ring 1
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611-1408 0
Telefax: 0611-1408 611
E-Mail: poststelle@datenschutz-hessen.de
- Auskunftsrecht, ob die Bereitstellung der personenbezogenen Daten gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich ist und ob die betroffene Person dazu verpflichtet ist, die personenbezogenen Daten bereitzustellen, und welche möglichen Folgen die Nichtbereitstellung hätte.